

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN NRW

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN NRW · Oststraße 41-43 · 40211 Düsseldorf

Landesverband Psychiatrieerfahrener NRW e.V.

03.05.2022

Antwort auf Ihre Anfrage vom 14.04.2022

Frage 1

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Sondergesetze für psychiatrisierte Personen abgeschafft werden, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention fordert?

Falls Ja: Welche Vorschläge bringen Sie zu dem Thema vor?

Antwort

Wir wollen die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorantreiben. Dazu gehört, Alternativen zur Zwangsbehandlung und -unterbringung auszubauen, insbesondere durch den Ausbau ambulanter Krisenhilfen und stationsäquivalenter Behandlung. Wir setzen uns für eine gemeindenahе und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte sektorenübergreifende Versorgung ein. Durch präventive Maßnahmen wollen wir Zwang verhindern. Denn Zwangsunterbringung, Fixierungen und Zwangsbehandlungen stellen schwerwiegende Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht dar, die nur als allerletztes Mittel bei unmittelbarer Gefahr für sich selbst oder andere und nach richterlichem Beschluss eingesetzt werden dürfen.

Frage 2

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass „Saneismus“ als offizieller Diskriminierungsgrund anerkannt und dementsprechend in Bildungskataloge, Gesetze und öffentliches Bewusstsein gelangt?

Falls Ja: Welche Vorschläge bringen Sie zu dem Thema vor?

Antwort

Wir verurteilen jede Form von Diskriminierung. Das gilt selbstverständlich auch für die Diskriminierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Gerade im Bereich der inneren Sicherheit kommt es immer wieder zu einer Kriminalisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Insbesondere nach herausgehobenen Gewalttaten oder Anschlägen wird häufig eine Erkrankung des Täters als ursächlich für die Tat angesehen und nicht eine vorliegende menschenverachtende, demokratiefeindliche und/oder rechtsextreme Gesinnung. Das neue Projekt des Innenministeriums „PeRisikoP“, das eine Risikoeinschätzung zu Personen mit psychischen Erkrankungen vornehmen soll und dafür einen Austausch von Polizei und anderen Behörden mit Gesundheitsämtern und psychiatrischen Einrichtungen vorsieht, sehen wir kritisch, da hier sensible Patientendaten ausgetauscht werden. Zudem kann ein solches Projekt zur Stigmatisierung führen. Menschen mit psychischen Erkrankungen benötigen Hilfestellungen und Unterstützung, sie sollten nicht noch weiter stigmatisiert werden.

Frage 3

Wie ist Ihre Meinung zum Thema „Zwangsbehandlung“, insbesondere zur Medikamentenvergabe ohne Einwilligung der Betroffenen?

Antwort

Wir treten für Behandlungsformen ein, die auf Freiwilligkeit statt auf Zwang setzen. Die Zwangsverabreichung von Medikamenten ist ein besonders schwerer Eingriff in die körperliche Integrität.

Frage 4

Sehen Sie die Förderung von Selbsthilfe (von Betroffenen für Betroffene) als mindestens genauso wichtig an wie die monetäre Förderung psychiatrischer ‚Kliniken‘ und vergleichbarer Einrichtungen?

Falls Ja: Wie gedenken Sie die Förderung auszubauen?

Antwort

Die Selbsthilfe ist eine wichtige Säule der Unterstützung für Betroffene. Ein vielversprechender Weg zur Begleitung und Stärkung von Patient*innen sind Peer-to-Peer-Ansätze, die wir stärken wollen.

Frage 5

Sehen Sie die Möglichkeiten, die durch die Covid-19-Pandemie gestiegenen psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen anders als durch Psychiatrisierung aufzufangen und sind Sie bereit diese zu fördern? Beispiele dafür sind Selbsthilfeangebote und Community-Organisationen

Antwort

Kinder und Jugendliche wurden in der Pandemie auf ihre Rolle als Kita-Kind bzw. Schüler*in reduziert. Es braucht bei der Bewältigung der Pandemie-Folgen auch zusätzliche Programme für Kinder-, Jugend- und Familienfreizeiten.

Darüber hinaus werden wir bewährte Projekte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit strukturell verankern. Die Jugendarbeit vor Ort ist kein zusätzliches, sondern ein notwendiges Angebot. Daher werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die Kinder- und Jugendarbeit und die Offene Kinder- und Jugendarbeit allen Kindern und Jugendlichen diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen. Wir werden erforderliche Mittel bereitstellen, damit Angebote der Kinder- und Jugendarbeit barrierefrei gestaltet und so inklusiv werden können.

Frage 6

Erkennen Sie das Problem von informellem Zwang in der Psychiatrie an?

Falls Ja: Was tun Sie, um diese Praxis zu unterbinden?

Antwort

Ja, das Problem von informellem Zwang in der Form von Überreden, Überzeugen und Drohungen erkennen wir an. Wir wollen den Dialog zwischen Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen und professionell in der Psychiatrie Tätigen ausbauen. Davon versprechen wir uns eine psychiatrische Behandlung und psychosoziale Unterstützung auf Augenhöhe, die dazu beitragen kann, informelle Zwänge zu reduzieren.